

Die Drogenhilfe braucht mehr Geld

MU
10.12.2014

Kreis kürzt Förderung um 50 Prozent / Möllering: „Keine pauschale Finanzierung“ / Sozialausschuss vertagt Entscheidung

-jho- **NEUENKIRCHEN.** Wenn der Kreis Steinfurt seine Förderungen einstellt, können nicht automatisch die Kommunen einspringen. Für Bürgermeister Franz Möllering ist das eine grundsätzliche Frage - egal, um welche auch noch so gute Sache es gehen mag. Das machte er am Montagabend im Sozialausschuss deutlich. Zur Debatte stand ein Antrag der Jugend- und Drogenberatung Rheine.

Es geht um verhältnismäßig wenig Geld, rund 2000 Euro jährlich. Aber es geht ums Prinzip, wie es auch die CDU betonte. Daher wird über den Antrag der künftigen Förderung auch erst im nächsten Hauptausschuss entschieden. Die Drogenbe-



Joachim Jüngst, Geschäftsführer und Einrichtungsleiter der Jugend- und Drogenberatung, Aktion Selbsthilfe Rheine, erläuterte seinen Antrag. Foto: Homering

ratung Rheine beantragt die Förderung der „niederschweligen Drogenhilfe“. Der

Kreis Steinfurt hat ihr den Geldhahn dafür zur Hälfte zugedreht, jetzt sucht die Drogenhilfe andere Geldgeber.

Etwa zehn Prozent der Hilfen, die die Drogenberatung Rheine in diesem Sektor leistet, werde für das Klientel aus Neuenkirchen aufgebracht. Das erläuterte Joachim Jüngst, Geschäftsführer und Einrichtungsleiter der Jugend- und Drogenberatung, Aktion Selbsthilfe, aus Rheine. „Niederschwellige Drogenhilfe“ - das ist ein erster, lockerer Kontakt von Drogenabhängigen zur Drogenberatung, hauptsächlich über den offenen Treff „Café Relax“ in Rheine. „Die Schwelle zum ersten Kontakt zu den

erwachsenen Drogenabhängigen muss niedrig sein, ohne Formulare und Befragungen“, erläuterte Jüngst. Auf diese Weise könnte die Drogenberatung erste Hilfe leisten - etwa juristische und soziale Beratung, Stabilisierung von Erkrankungen oder Alltagshilfen.

2013 kamen neun von 321 Personen im „Café Relax“ aus Neuenkirchen, schätzt Jüngst; denn eine genaue Statistik gibt es eben wegen der Niedrigschwelligkeit nicht. Doch gerade das forderte Bürgermeister Möllering: „Ich halte nicht viel von einer pauschalen Finanzierung. Das nimmt irgendwann kein Ende“, sagte er. „Wir fahren auch in anderen

Bereich mit einer Fall-Finanzierung besser.“ Nur mit Bericht und Nachweis sei es für die Gemeinde nachvollziehbar, wo ihr Geld bleibe.

SPD, Grüne und UWG sprachen sich hingegen für eine auch pauschale Unterstützung der Drogenberatung aus. „Hier wird sehr gute Arbeit geleistet, vor allem die Präventionsarbeit muss gewährleistet bleiben“, sagte Jürgen Coße (SPD).

Jüngst hatte zuvor viele Projekte in Neuenkirchen aufgezählt, die die Drogenberatung anbiete - „Tanzen statt Torkeln“, die Sozialkompetenz-Projekte an Schulen oder die Aktionstage „Sucht hat immer eine Geschichte“ zum Beispiel.